

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A Einleitung. Thema und Ziel der Arbeit.	1
B Historische Entwicklung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens seit 1919 zum Rechtsmittelverfahren wegen abweichender Entscheidungen.	7
I Überblick und Allgemeines.	7
II 1919-1921.	10
III 1921-1923.	11
IV 1923-1926.	12
V 1933-1945.	16
VI 1945-1953.	17
VII 1973-1979.	21
C Die Voraussetzungen einer ausgleichspflichtigen Divergenz in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts unter Berücksichtigung der Meinungen in der Literatur.	27
I Abweichung in einem abstrakten Rechtssatz.	27
II Divergenz und Erfahrungssätze.	27
III Divergenz bei verschiedener rechtlicher Begründung und gleichem Ergebnis.	28
IV Divergenz nur bei Abweichung von derselben Rechtsvorschrift.	28
V Divergenz und tatsächliche Erwägungen.	31
VI Divergenz bei unbestimmten Rechtsbegriffen (Generalklauseln) und Richtlinien.	32
VII Divergenz und Subsumtionsfehler.	36
VIII Divergenz und Beurteilungsspielraum.	38
IX Die mit Sicherheit feststellbare Abweichung.	38
X Divergenz und scheinbar fallbezogene Äußerungen.	40

XI	Abweichung von einer Entscheidung des Bundes- arbeitsgerichts oder eines Landesarbeitsgerichts.	42
XII	Die mit Sicherheit feststellbare Abweichung in der Literatur.	43
XIII	Divergenz und Sachverhalt.	45
XIV	Divergenz als Unterfall der "grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache".	47
XV	Das "Beruhen der Entscheidung auf der Abweichung" als zentrales Divergenzkriterium.	50
1)	Die Rechtsprechung.	50
a)	Tragende und nichttragende Entscheidungsbestand- teile.	50
b)	Tragende und nichttragende Entscheidungsbestand- teile bei mehrfach begründeten Entscheidungen.	53
c)	Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen einer Divergenz.	57
2)	Tragende und nichttragende Entscheidungsbestand- teile in der Literatur.	62
a)	Herrschende Meinung.	62
b)	Die ältere Literatur.	63
c)	Neuere Ansätze zur Trennung tragender von nichtra- genden Entscheidungsbestandteilen.	64
aa)	Die Position von Schlüter.	64
bb)	Die Position von Schröder.	66
cc)	Die Position von Miebach.	68
dd)	Die Position von Hanack.	70
ee)	Die Position von Grunsky.	73

3)	Notwendigkeit des "Beruhens der Entscheidung auf der Abweichung" für angefochtene und angezogene Entscheidungen in der Literatur.	75
XVI	Revisionszwecke und Divergenz in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.	76
XVII	Kriterien zur Feststellung einer ausgleichspflichtigen Divergenz im Urteil.	77
	Zusammenfassung.	81
D	Die Auslegung des § 72 ArbGG.	83
I	Einleitung und Allgemeines.	83
II	Auslegung nach dem Gesetzeswortlaut.	83
III	Regelungsabsicht und Normvorstellungen des historischen Gesetzgebers.	85
IV	Systematische Auslegung.	86
1)	Einleitung und Allgemeines.	86
2)	Vergleich mit anderen Divergenzvorschriften.	87
a)	Verwaltungsgerichtliches Verfahren -VwGO-.	87
b)	Sozialgerichtliches Verfahren -SGG-.	88
c)	Zivilprozessuales Verfahren -ZPO-.	89
d)	Gerichtliches Verfahren in Landwirtschaftssachen -LwVG-.	93
e)	Verfahren nach dem Richtergesetz -DRiG-.	94
f)	Verfahren nach dem Wehrpflichtgesetz -WpflG-.	95
g)	Finanzgerichtliches Verfahren -FGO-.	95
h)	Verfahren nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit -FGG-.	96
i)	Verfahren nach der Grundbuchordnung -GBO-.	96
j)	Verfahren nach § 45 Arbeitsgerichtsgesetz -ArbGG-.	97
k)	Verfahren nach dem Gerichtsverfassungsgesetz -GVG-.	98

Zusammenfassung.	99
V Teleologische Auslegung.	101
1) Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips (Rechtssicherheit, materielle Gerechtigkeit) - Allgemeines -.	101
a) Rechtsstaatsprinzip und Zwecke der Revision.	102
b) Entbehrlichkeit des Streits um die Vorrangigkeit von Revisionszwecken.	104
c) Ermittlung der Revisionszwecke durch Unterscheidung zwischen Revisionszugang und eröffneter Revision.	106
d) Berücksichtigung des Parteiinteresses beim Revisionszugang.	108
e) Parteiinteresse als vor- oder gleichrangiger Revisionszweck.	112
f) Rechtsgleichheit.	116
g) Rechtssicherheit (Voraussehbarkeit gerichtlicher Entscheidungen).	117
h) Rechtsmittelklarheit.	119
i) Entlastung der Revisionsgerichte.	121
2) Notwendigkeit verschieden hoher Anforderungen an das Vorliegen einer Divergenz in § 72 ArbGG und in § 72a ArbGG.	124
<u>Zwischenergebnis.</u>	127
3) Die kausale Betrachtungsweise zum "Beruhen der Entscheidung auf der Abweichung" als zentrales Divergenzkriterium - Allgemeines -.	128
a) Methodik richterlicher Rechtsfindung.	129
b) Die Feststellung einer Divergenz mit der kausalen Betrachtungsweise.	141

aa)	Generelle Brauchbarkeit der kausalen Betrachtungsweise.	141
bb)	Divergenz bei mehrfach begründeter Entscheidung und Abweichung in nur einer der tragenden Begründungen.	148
	<u>Zwischenergebnis.</u>	152
c)	Notwendigkeit der Beibehaltung einer kausalen Betrachtungsweise.	153
aa)	Fehlende Richtigkeitsgewähr nichttragender Rechtsansichten.	153
	<u>Zwischenergebnis.</u>	158
bb)	Gefahr unnötiger Präjudizierung durch "beiläufig" geäußerte Rechtsansichten.	158
cc)	Richterliche Rechtsfindungsmethodik.	164
	<u>Zwischenergebnis.</u>	167
dd)	Faktische Geltung höchstrichterlicher Rechtsansichten.	168
	<u>Zwischenergebnis.</u>	172
ee)	Präjudizwirkung und richterliche Entscheidungsbe- gründung.	173
ff)	Rechtssatzqualität beiläufig geäußerter Rechts- ansichten.	178
gg)	Rechtseinheit und obiter dicta.	179

Zwischenergebnis. 181

- 4) Bedeutung des Richterrechts und der Rechtsfortbildung für den Umfang der Ausgleichspflicht bei Abweichungen von nichttragenden Entscheidungsbestandteilen der angezogenen Entscheidung. 182

- a) Allgemeine Bedeutung des Richterrechts und der Rechtsfortbildung im Arbeitsrecht. 182

Zwischenergebnis. 195

- b) Abweichungen von nichttragenden Entscheidungsbestandteilen einer angezogenen revisionsgerichtlichen Entscheidung. 196

- aa) Richterliche Legitimation zur Entscheidung von Rechtsfragen über den konkreten Anlaßfall hinaus. 197

- bb) Konsequenzen für das Ausgleichsverfahren. 199

- aaa) Rechtssicherheit. 200

- bbb) Gleichbehandlung gleicher rechtlicher Sachverhalte. 201

- ccc) Widersprüchliche Haltung des Bundesarbeitsgerichts und Rechtsvereinheitlichung. 204

- c) Abweichungen von nichttragenden Entscheidungsbestandteilen einer angezogenen instanzgerichtlichen Entscheidung. 207

Zwischenergebnis. 208

	<u>Seite</u>
5) Sonstige Fälle.	208
a) Ausgleich von Rechtsansichten bei Ankündigung höchstrichterlicher Rechtsprechungsänderungen.	208
b) Ausgleich von Rechtsansichten bei Zurückverwei- sung der Entscheidung an das Instanzgericht.	210
<u>Zwischenergebnis.</u>	215
<u>Zusammenfassung.</u>	215
6) Stellungnahme zu den in der Literatur vertretenen Positionen für die Trennung zwischen ausgleichs- pflichtigen und nicht ausgleichspflichtigen Rechts- fragen.	217
a) Die Positionen von Schlüter und Roesener.	217
b) Die Position Schröders.	219
c) Die Position Miebachs.	220
d) Die Position Hanacks.	223
e) Die Position Grunskys.	225
7) Die restlichen Divergenzvoraussetzungen.	226
a) Divergenz und Erfahrungssätze.	227
b) Divergenz bei verschiedener rechtlicher Begründung und gleichem Ergebnis.	228
c) Divergenz nur bei Abweichung von derselben Rechts- vorschrift.	230
d) Divergenz bei unbestimmten Rechtsbegriffen (General- klauseln) und Abweichungen von Richtlinien.	238
<u>Zwischenergebnis.</u>	245

	<u>Seite</u>
e) Divergenz und scheinbar fallbezogene Äußerungen.	246
f) Divergenz und Sachverhalt.	249
g) Divergenz als Unterfall der "grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache".	250
h) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen einer Divergenz.	253
i) Kriterien zur Feststellung einer ausgleichspflichtigen Divergenz im Urteil.	255
<u>Zwischenergebnis</u> (restliche Divergenzvoraussetzungen).	255
VI Gesamtzusammenfassung.	257